



Eine Stolperschwelle

verlegte Gunter Demnig am 14. September in Bochum. Es ist die 1. Stolperschwelle in Bochum. Die von der VVN-BdA, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten gestiftete Stolperschwelle erinnert an das KZ-Außenlager Buchenwald des Bochumer Vereins, das 1944/45 an der Brüllstraße (heute Kohlenstraße) existierte.

Fortsetzung auf Seite 2

Freisprüche im NSU-Prozess

Die Bundesanwaltschaft hat sich durchgesetzt. Das Gericht verurteilte die letzte Überlebende eines von vornherein dogmatisch definierten Trios: Beate Zschäpe (die Sicherungsverwahrung nach dem „lebenslänglich“ wird vom Gericht abgelehnt).

Vier Helfer wurden nicht als neofaschistische Terroristen zu Haftstrafen, z.T. jetzt schon durch die Untersuchungshaft verbüßt, verurteilt, sondern eben als Helfer.

Die hatten ja z.T. nur die Waffen des Trios besorgt oder da und dort etwas mitgeholfen. Der Waffenbeschaffer wurde inzwischen aus der Haft entlassen. Zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, wurden 6 ½ Jahre Untersu-

chungshaft als genug Buße erachtet. (vgl. mehr dazu: <https://deutsch.rt.com/inland/76431-vom-verfassungsschutz-geschredderte-nsu-akten/>)

Gegen diejenigen, die den NSU erst ermöglichten, wurde gar nicht erst ermittelt. Es waren die V-Leute des sog. Verfassungsschutzes, oft gleich von mehreren Landesämtern.

Es fehlten diejenigen, die mit unseren Steuergeldern über die V-Leute die

Entwicklung des NSU großzügig gesponsert hatten, es fehlten die verantwortlichen Minister*innen, die den Verfassungsschutz unkontrolliert (oder vielleicht doch kontrolliert?) machen ließen. Ja, selbst der Verfassungsschützer Andreas Temme, der beim Mord an Halit Yozgat in dessen Internet-Café gesessen hat und nach dem Mord das

Fortsetzung auf Seite 4

„Seebrücke Bochum“ – Demo stieß auf große Begeisterung

Über 100 Organisationen und Gruppen hatten zur ersten Seebrücke-Demonstration in Bochum aufgerufen, und 5.500 Menschen sind diesem Ruf gefolgt. Dazu kamen noch viele, viele mehr, die dem Demozug am Rande ihre Zustimmung aussprachen.

Beim Auftakt am Hauptbahnhof legte unser Mitglied Michael Niggemann die Gründe dar, warum sich die VVN-BdA Bochum u.a. an diesem großartigem Bündnis und der Demo beteiligt: „Ich bin hier, weil wir aus der Erinnerung wissen, dass verschlossene Seewege (z.B. im Falle der Bochumer Familie Pander mit dem Schiff St. Louis, dem in verschiedenen Ländern das Anlegen verwehrt wurde) im Faschismus zum Tod im Konzentrationslagern führte. Aus diesem Grunde fordern wir vom Bochumer Oberbürgermeister Thomas Eiskirch den Weg dafür frei zu machen, in Bochum mindestens 1.000 geflüchtete Menschen, deren Flucht im Mittelmeer oder anderswo gestoppt wurde, sofort hier bei uns aufzunehmen! Platz gibt es genug!“



Infostand der VVN-BdA zur Werbung für die Seebrückendemo am 6. Oktober in Bochum

Viel Organisationsarbeit und kreative Aktionen gingen der Demo voraus, es wurden Fotos erstellt, orangene Plakate und Banner gemalt, kleine Schiffe gebastelt und vieles mehr, damit die Farbe orange – die Farbe der Rettungswesten – weithin sichtbar wurde. Als der Demozug, der sich vom Hauptbahnhof am Rathaus vorbei und weiter zum Husemann- und Dr.-Ruer-Platz zog, am Rathaus ankam, starteten die letzten Teilnehmer*innen am Bahnhof. Auf der Bühne gab es beeindruckende Reden und Fluchtgeschichten unterschiedlicher Akteure. Wichtig war hier, dass auch Geflüchtete selbst zu Wort kamen. Abgerundet wurde das Programm durch musikalische Einlagen.

Die Inschrift der Stolperschwelle:

JUNI 1944 – MÄRZ 1945
BIS ZU 2000 HÄFTLINGE MUSSTEN HIER IM AUSSENLAGER DES
KZ-BUCHENWALD ZWANGSARBEIT LEISTEN
SIE ARBEITETEN IN DER RÜSTUNGSPRODUKTION DES BOCHUMER VEREINS
DURCH UNMENSCHLICHE ARBEITS- UND LEBENSBEDINGUNGEN,
MISSHANDLUNGEN UND BOMBENANGRIFFE FANDEN VIELE DEN TOD

Eine Stolperschwelle für Bochum

Die Verlegung der Stolperschwelle durch Gunter Demnig fand ein reges Interesse auch bei Vertreter*innen der Stadt Bochum. Sie erinnert sowohl an das KZ-Außenlager als auch an die Bombenfabrik, in der KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter*innen in der Rüstungsproduktion arbeiten mussten.



Durch zahlreiche Spenden Bochumer Bürger*innen, Vereinen und Parteien aus dem linken Spektrum ist die Stolperschwelle finanziert worden. Fünf Tage später wurden die Rechercheergebnisse zu der Stolperschwelle und über die weiteren acht Stolpersteine, die ebenfalls von Gunter Demnig im Stadtgebiet

verlegt worden waren, im Stadtarchiv öffentlich vorgetragen.

Im Dezember wird die VVN-BdA Bochum eine Broschüre veröffentlichen, die auch anhand von Dokumenten über die Hintergründe der Zwangsarbeit und des KZ-Außenlagers informiert.

Foto unten: Stadt Bochum



Aus: Die Glocke vom Ettersberg, Nr. 231, III/2018, 59 Jahrg.

Der Mailänder Appell

Am 1. Juli organisierte der italienische Verband der FIR, ANED, ein Treffen der Internationalen Lagerkomitees in Mailand. Nach einer sehr fruchtbaren Debatte über die gemeinsamen Aufgaben, über die Arbeit mit und in den Gedenkstätten und mit den jungen Generationen, beschlossen sie den „Mailänder Appell“. Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten unterstützt diese Erklärung.

Die Präsidenten, Vizepräsidenten und Generalsekretäre der Internationalen Komitees der Nazi Konzentrationslager haben sich – auf Initiative der Associazione Nazionale Ex Deportati Nei Campi nazisti (ANED) – am 1. Juli 2018 in der Casa della Memoria in Mailand getroffen.

Angesichts der aktuellen Bedrohungen gegen das Gedächtnis und gegen die Zukunft Europas und seiner MitbürgerInnen, veröffentlichen wir folgenden feierlichen Aufruf:

Wir sind die Träger des Gedächtnisses der Überlebenden der Naziverbrechen: dieses lebendige und schmerzvolle Gedenken macht aus uns die Sprecher für die abertausenden Männer und Frauen, die die Lager überlebt haben. Wir sind entweder Angehörige oder Nachkommen der Überlebenden bzw. normale BürgerInnen, die innerhalb ihrer verschiedenen Organisationen aktiv sind.

Es liegt uns am Herzen, die früheren KZ-Lager, die heute Erinnerungsorte geworden sind, zu schützen und sie vor dem Vergessen, der Banalisierung sowie der Zerstörung zu bewahren. Wir beziehen uns unter anderem auf den Entschluss des Europaparlaments vom 11. Februar 1993 betreffend den europäischen und internationalen Schutz für historische Denkmäler der Orte der Nazi-Konzentrationslager. Die jüngsten Angriffe auf die historische Substanz in Mauthausen und Flossenbürg empören uns zutiefst.

Wir sind empört, dass eine von der UNO am 21. November 2014 präsentierte Resolution „für den Kampf gegen eine Verherrlichung des Nazismus, des Neo-Nazismus und anderer Praktiken die die zeitgenössischen Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, des Fremdenhasses und der ihr zugehörigen Intoleranz befeuern“ nicht angenommen wurde, wegen drei Nein-Stimmen und 55 Enthaltungen (unter ihnen die der europäischen Mitgliedsländer).

Gegenüber aller nationalistischen und populistischen Versuche diese Orte der Barbarei sowie die Kämpfe und die Solidarität aus dem europäischen Gedächtnis verschwinden zu lassen, blei-

ben wir überaus wachsam.

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 erinnert daran, dass „(...) die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen (...)“. Hunderttausende von Deportierten in die Nazi-lager sind die Opfer dieser Barbarei geworden.

Seit über siebenzig Jahren sind die Überlebenden und ihre Nachkommen den Versprechen bei der Befreiung ihrer Lager treu geblieben. Unermüdlich haben sie sich für den Frieden und für die brüderliche Solidarität unter den Völkern eingesetzt.

Durch ihr Zeugnis haben sie gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass und die Thesen der Rechtsextremisten in Europa gekämpft. Auf die Ankunft von Flüchtlingen, die von Krieg und Hunger getrieben sind, ist die Antwort von verschiedenen europäischen Staaten nicht eine humanitäre Aufnahme sondern die Schließung ihrer Grenzen. Das Mittelmeer ist zu einem riesigen Friedhof geworden wo die Hoffnungen von Tausenden von Männern, Frauen und Kindern ein Ende finden. Europa scheint sein Gedächtnis verloren zu haben: viele Europäer waren, vor und nach dem Krieg, selber Flüchtlinge. Sie haben manchmal Solidarität erfahren aber auch Diskriminierung und Zurückweisung. Europa muss die schrecklichen Lektionen seiner jüngsten Geschichte lernen und nicht die Augen vor seiner Verantwortung schließen:

Welche Werte wollen wir den jungen Generationen vermitteln? Egoismus und die Angst vor dem Anderen dürfen die Werte des Humanismus, die im Herzen unserer gemeinsamen Geschichte und unserer Verpflichtungen stehen, nicht ersetzen.

Wir appellieren deshalb an die vom Volk gewählten Vertreter in den verschiedenen nationalen und europäischen Institutionen und bitten sie, sich bei der Suche nach adäquaten Antworten in der Flüchtlingsfrage vor allem vom Respekt vor der Menschenwürde eines jeden leiten zu lassen.

Der Mailänder Appell – Erstunterzeichner:

Associazione Nazionale Ex Deportati Nei Campi nazisti (ANED): Dario Venegoni, Präsident, Aldo Pavia: Vize-Präsident

Comité International de BUCHENWALD-DORA: Dominique Durand, Präsident
Comité International de DACHAU: Jean-Michel Thomas, Präsident, Preben Dietrichson, Administrator

Association des déportés et familles des disparus du camp de concentration de FLOSSENBÜRG et Kommandos: Michel Clisson

Président Comité International de MAUTHAUSEN: Guy Dockendorf, Präsident, Floriana Maris, Vize-Präsidentin, Jean-Louis Roussel, Vize-Präsident

Comité International de NATZWEILER-STRUTHOF: Jean-Marie Muller, Präsident, Claes Reksten, Generalsekretär

Amicale Internationale de NEUENGAMME: Jean-Michel Gausso, Président, Christine Eckel, Secrétaire générale

Comité International de RAVENSBRÜCK: Ambra Laurenzi, Präsidentin, Jeanine Bochat, Vize-Präsidentin

Anzeige

Günter Gleising

Verbrechen der Wirtschaft

Der Anteil der Wirtschaft an der Errichtung der Nazidiktatur, der Aufrüstungs- und Kriegspolitik im Ruhrgebiet 1925-1945



RuhrEcho Verlag

Mit einem Geleitwort von Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN - BdA 268 S., mit zahlreichen Dokumenten und Fotos. ISBN: 978-3-931999-22-3 18,00 Euro. Weitere Infos: www.ruhrecho.de. Bestellung bitte über eMail: bestellung@ruhrecho.de

Fortsetzung von Seite 1:

Freisprüche im NSU-Prozess

Café verließ, ohne den Erschossenen zu bemerken, wurde als glaubhaft eingeschätzt. (Auch dazu mehr im Interview mit Wolf Wetzel, in: s.o.).

In den meisten Fällen wurde gegen fix herbeiphantasierte Täter*innen im Umfeld der Familien der Ermordeten ermittelt – jahrelang! In einer Fernsehsendung wurde dokumentiert, wie deutsche Verfassungs“schützer“ in irgendeinem Dorf in Ostanatolien ermittelten, um doch noch eventuelle Motive für irgendwie dort vermutete Hintermänner/-frauen zu ermitteln (These: Drogenhandel, OK). Dass die gesamte Dorfgemeinschaft dadurch zerstört wurde, kümmerte die Deutschen nicht.

Frau Merkels Versprechen im Jahre 2011, für die „vollständige Aufklärung“ des NSU-Komplexes zu sorgen, mündete im gewünschten Urteil entsprechend den Prämissen der Bundesanwaltschaft. Das gleiche Versprechen gab sie im Fall Anis Amri. Der Verfassungs“schutz“ mauert, lügt, vertuscht wie eh und je (s. frontal 21 im ZDF vom 2.10.2018).

Der Bericht des hessischen Verfassungsschutzes zum NSU-Komplex wurde gegen alle sonstigen Sperrgewohnten gleich für 120 Jahren gesperrt. 120 Jahre? Welchen von unseren Urururenkeln wird das dann interessieren? Aber Gründe werden die Herrschen-

Wetzel) und der Festnahme Zschäpes in verschiedenen Verfassungs“schutz“-ämtern diesbezügliche Akten geschreddert? (Schon im April 2012 warf der Autor solche Fragen auf: <http://vvn-bda-bochum.de/archives/3930>).

Auf den Zuschauertribünen herrschte Jubel unter den dort versammelten Neofaschist*innen, dass die vier „Unterstützer“ zu relativ geringen Haftstrafen verurteilt werden. Einer wird sogar sofort wegen mangels an Beweisen aus der Haft entlassen, weil er angeblich nicht wusste, was das „NSU-Trio“ in Köln (Bombenanschlag auf das Lebensmittelgeschäft in der Probsteigasse) mit dem von ihm in Köln gemieteten Wohnmobil eigentlich vorhatte.



Rechtsanwalt Daimagüler, der vom ‘Bündnis gegen Rechts’ nach Bochum eingeladen worden ist, im Prozess die Interessen von Angehörigen Ermordeter in Nürnberg vertreten hat, spricht von einem „fatalen Signal“ nach Rechts: „Das ist heute ein guter Tag für die Neonazis.“

Als VVN-BdA-Mitglied kann ich (W.D.) nur feststellen, dass die Nazis in der nachfaschistischen Bundesrepublik schon sehr viel gute Tage hatten –

Tausende demonstrierten zum Auftakt des NSU-Prozesses in München auf dem Karlsplatz („Stachus“) gegen Rechts-extremismus und Faschismus. Außerdem setzten sie ein Zeichen der Solidarität mit den 11 Todesopfern des NSU-Terrors.

Foto: linksfraktion

NSU-Morde nicht als politisch erfasst

In einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums über politisch motivierte Gewalttaten sind die Morde und Anschläge des neofaschistischen terroristischen NSU nach wie vor nicht aufgeführt.

Das bestätigte das Ministerium dem Nachrichtenportal T-Online. Wie das Portal am 19.10.2018 berichtete, gab das Ministerium an, man verwende die Statistik des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes für politisch motivierte Kriminalität, die nur Straftaten »anhand des Eingangsverdachts« erfasse. Die Verbrechen des NSU waren ursprünglich dem Bereich der organisierten Kriminalität zugeordnet worden. (nach jW)

den in Hessen schon haben! Halit Yozgat wurde in Kassel, also Hessen, ermordet. Andreas Temme arbeitete für den Verfassungs“schutz“ in Hessen (s. Interview mit Wolf Wetzel).

Warum wurden die Wünsche der Hinterbliebenen nicht erfüllt, die wissen wollten, warum ihr Ehemann und/oder Vater oder Sohn ermordet wurden? Warum wurde die Polizistin Michele Kiesewetter ermordet? Reiner Zufall? Völlig undurchsichtig blieb auch die Rolle des MAD oder des DIA (Defence Intelligence Agency – ein Geheimdienst der USA), die dabei auch ihre Agenten in „Sichtweite“ gehabt haben sollen.

Warum wurden einen Tag nach den angeblichen Selbstmorden von zwei mutmaßlichen Tätern (vgl. die Fragen dazu u.a. bei Wolfgang Schorlau, Die schützende Hand; dazu auch Wolf

bis hin zum zweimaligen Scheitern des NPD-Verbots und zur Beratung der AfD durch den Verfassungs“schutz“-präsidenten.

Und der angebliche Verfassungsschutz? Er steht besser da als je zuvor! Anfängliche Kritik ist „verflogen“, es gibt noch mehr Steuergelder und Mitarbeiter, noch mehr Kompetenzen und seit 2015 Straffreiheit bei zahlreichen „szenetypischen“ Delikten!

Das ‘Bündnis gegen Rechts’, in dem die VVN-BdA Bochum mitarbeitet, hat mit Unterstützung u.a. der VVN-BdA Rechtsanwalt Daimagüler für den 22.11., 19.00 Uhr bei ver.di, Universitätsstraße 76, eingeladen, über seine Erfahrungen in dem Prozess zu sprechen.

Wolfgang Dominik

Bochums rechter Rand

NPD

Viel Neues gibt es nicht von der NPD, mal abgesehen von einer sogenannten Schutzzonenkampagne. Hier wollen Mitglieder der Bochumer NPD unter dem Motto „Solidarität schafft Sicherheit“ Räume schaffen, die Schutz ausschließlich für Deutsche bieten. Nicht-Deutsche werden dabei pauschal als Gefahr und Bedrohung gesehen. In Bochum trat die neofaschistische Partei mit dieser Aktion das erste Mal am 31.07.2018 auf die Straße. Die Gruppe, die in Bochum „patrouilliert“, ist an roten Westen mit dem Logo der Aktion oder an Aufklebern bzw. Aufschriften auf ihren Autos zu erkennen. Ja, Bilder gab's im Internet mit Claus Cramer und einigen anderen mit diesen Westen, aber das war's dann wohl auch schon. Wir kennen niemanden, der dieser Truppe mal ich echt begegnet ist. Wir werden es aber trotzdem im Auge behalten, zumal die NPD diese Aktion wohl bundesweit durchführt.

Claus Cremer hat nun ja auch einen Gesprächspartner im Rat. Nämlich Francis Dominic Marin. Er trat die Nachfolge des verstorbenen Hans-Joachim Adler an, der für pro NRW im Rat saß. Marin ist dann umgehend aus pro NRW aus- und in die NPD eingetreten. Sie bilden nun eine Ratsgruppe.

Da Cremer in Dortmund die Geschäftsführung der dortigen Ratsgruppe NPD/Die Rechte innehat, bleibt abzuwarten, ob nun auch im Bochumer Rat ähnliche kuriose und verquere Anträge gestellt werden wie dort.

Auf jeden Fall wird auf der facebook-Seite NPD Bochum-Wattenscheid & Wattenscheid weiter über die Antifa und die Flüchtlinge gehetzt!

AFD

Auf ihrer Bochumer homepage verhält sich die AfD recht ruhig. Schaut man sich aber die facebook-Seite an, so sieht „man“ hier die allgemeine Hetze gegen links, gegen grün, gegen Geflüchtete, gegen die aktuelle Flüchtlingspolitik, gegen die Rettung des Hambacher Forstes usw.

Correctiv (<https://correctiv.org/>), eine Recherche Seite im Internet, berichtet, dass sich – unter anderem – aus AfD-Mitgliedern heraus ein Verein mit dem Namen publicatio e.V. gegründet hat. Diesem sollen auch Mitarbeiter von AfD-Abgeordneten aus NRW angehören. Dieser Verein soll nach Angaben von Correctiv auch die Identitäre

Bewegung unterstützen, zu der es eigentlich eine Unvereinbarkeitsbeschluss der AfD gibt. Allerdings soll aber ein Sprecher des Innenministeriums NRW betont haben, dass die finanziellen Mittel der Identitären Bewegung in NRW „vor allem“ vom „Publicatio e.V.“ kommen.

Hier gilt es in der Zukunft genau hinzuschauen und diese Verknüpfungen zu beobachten und auszuwerten.

IB (Identitäre Bewegung)

... und damit kommen wir dann auch direkt zur Identitären Bewegung, die sich auch in Bochum seit einiger Zeit niedergelassen hat. Mit kleineren Aktionen treten sie seit ungefähr 2 Jahren in Erscheinung. Nichts Spektakuläres, aber in bekannter IB-Manier, kleine – meist nur ein paar Minuten dauernde – Aktionen, die fotografiert oder gefilmt werden, um dann irgendwo im Internet zu erscheinen. Eine Aktion ging ihnen aber so richtig in die Hose: In der Nacht zum 31. März 2018 wurden vier Identitäre im Alter zwischen 16 und 32 Jahren dabei beobachtet (und anschließend auch von der Polizei erwischt), wie sie Stromverteilerkästen besprühten und Laternenmasten beklebten. Eine aufmerksame Anwohnerin, die das Sprühen der Spraydosen hörte, benachrichtigte die Polizei. Diese fand dann bei den Festgenommenen Sprayutensilien, Aufkleber und – man staune – einen Schlagring und einen Teleskopschlagstock. Nun erwartet sie ein Verfahren wegen des Mitführens von unerlaubten Waffen. Dumm gelaufen.

Aber dumm gelaufen ist noch mehr: Inzwischen wurden in Bochum 3 Mitglieder der Identitären Bewegung in Bochum geoutet, was dazu führte, dass ihre Nachbarschaft über ihr rechtes Treiben aufgeklärt wurde.

... und noch etwas: Das bereits erwähnte Internetmagazin correctiv stellte unter der Überschrift: „Die rechten Hipster aus dem Pott“ eine Undercover-Reportage ins Netz. Eine Mitarbeiterin hat sich bei der IB als Interessentin gemeldet, um sich anwerben zu lassen. Ein interessanter Artikel, der einiges über den IB aufdeckt.

Hierzu gibt es dann in der nächsten ABB mehr Informationen.

... vvn-bda-bochum.de ...

Erfreulich schnell beseitigte die Stadt die faschistischen Symbole, die Nazis an das Rathaus geschmiert hatten.



»Pro Deutschland« schließt sich AfD an

Die rechte Partei »Bürgerbewegung Pro Deutschland« hat kürzlich ihre Auflösung beschlossen.

Darüber informierte der Parteivorsitzende Manfred Rouhs in einer Presseerklärung. Er forderte Mitglieder und Mandatsträger auf, »sich der AfD anzuschließen«. Als Grund nannte er unter anderem, diese nicht durch Konkurrenzmandatsträger bei Wahlen schwächen zu wollen. Außerdem haben sich, nach Aussage Rouhs, die rechten europäischen Parteien und bisherigen Verbündeten von Pro Deutschland – FPÖ (Österreich), Front National (Frankreich) und Vlaams Belang (Belgien) – darauf verständigt, keine deutsche Partei außer der AfD zu unterstützen.

In Bochum hat sich „pro nrw“ der NPD angeschlossen.

Abfuhr für neonazistische Gruppe

Bei den Kommunalwahlen in der 15.000-Einwohner-Gemeinde Ludvika in Mittelschweden kam es zu einem Showdown der besonderen Art.

Hier hatte die offen neonazistische Nordische Widerstandsbewegung hart um den Einzug in den Gemeinderat gekämpft. Dagegen mobilisierte vor allem die Kommunistische Partei. Das Resultat: Nun ziehen die Kommunisten in den Gemeinderat ein, die Neofaschisten gehen leer aus.

Kranzniederlegung zur Erinnerung an die Widerstandskämpfer

Auch in diesem hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) der ermordeten Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg gedacht. Die Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltung fand wieder am zweiten Sonntag im September statt, dem traditionellen Gedenktag für die Opfer des Faschismus, der 1946 von Überlebenden der Konzentrationslager und Haftstätten ins Leben gerufen wurde.

An den Gräbern am Denkmal auf dem Ehrenrundplatz auf dem Hauptfriedhof wies Silvia Rölle, Landessprecherin der VVN-BdA in NRW, auf die historischen Erfahrungen des Widerstandes gegen den Faschismus und deren Lehren hin. Neben dem Gedenken und der Erinnerung ist es der VVN-BdA ein wichtiges Anliegen der Rechtsentwicklung entgegen zu treten. Wie notwendig dies ist, zeigt das aktuelle Anwachsen des Rassismus und die jüngsten neofaschistischen Ausschreitungen.

Im Barwagen der Reichsbahn: Als Swingtanzen verboten war

Eine Fahrt mit dem historischen Museumszug des Bochumer Eisenbahnmuseums lohnt sich immer. Es ist eine Reise in Zeiten der Industrialisierung, vorbei an früheren Bergwerken, Ruhrschleusen, Ritterburgen und Industriebetrieben.

Mit ein bisschen Phantasie ist das Treideln auf den Leinpfaden an der Ruhr und an der Bahnstrecke ebenso erlebbar wie eine grandiose Natur.

Die Waggons und deren Inneres, von der 1. bis zur 4. Klasse, sind echt museal. Interessant die emaillierten Verbotsschilder vom „Nicht in den Wagen Spucken“ bis zum „Nicht hinauslehnen“ an den Fenstern und die Originalpläne an den Eingängen.



Auch das Reisen in Zeiten des Faschismus wird erahnbar. Im Barwagen befindet sich ein Schild mit dem Hinweis: „Swing tanzen verboten – Reichskulturkammer“.



Weitere Infos zum Thema:

Die Rede von Silvia Rölle ist auf unserer Homepage nachzulesen.

<http://vvn-bda-bochum.de>



Der Museumszug

Schaltet die Antifaschist*innen aus!! 35.000 auf Feindlisten der Faschisten

Das ist nicht ein Aufruf der Faschisten von 1933, sondern das war die Botschaft in der faschistischen „Dokumentation“ „Der Einblick“, die deutsche Nazis 1993 in Dänemark zur Post brachten. Heute gehen diese Nazis und ihre wachsende Nachkommenschaft nicht mehr in Dänemark zur Post. Sie sitzen inzwischen mit 92 Abgeordneten „ordentlich“ gewählt im Bundestag.

Nein, die da sitzen, werden sagen, nichts von den Feindlisten, der von Gesinnungskamerad*innen 2018 geführt werden, gewusst zu haben und wollten damit auch nichts zu tun haben. Nur ist immer wieder die intime Nähe von gewaltbereiten Neofaschist*innen, Pegida, AfD, Rechter Rand, der III. Weg, Identitäre Bewegung, faschistische Kameradschaften dokumentiert worden.

1993 brachte „Der Einblick“ noch einen entsetzten Aufschrei in allen Medien des noch jungen Gesamtdeutschlands. Viele der Hinweise auch auf 19 Bochumer Antifaschist*innen waren ein eindeutiger Aufruf zum Mord. Da wurden die genauen Lebensgewohnheiten der Genannten aufgeführt, wann wer noch abends alleine oder mit dem Hund rausgeht, welche Wege er/sie benutzt und welche davon einsam zu nennen sind. Und es wurde den Nazis geraten, vor ihrem Anschlag keinen Alkohol zu trinken, damit „der Erfolg garantiert ist und Verhaftungen ausgeschlossen werden“. Es werden z.T. auch Tel.-Nr., natürlich Adressen, Familienmitglieder, Autokennzeichen der insgesamt 250 „Auszuschaltenden“ genannt.

Die Polizei riet den Bochumer Bedrohten „aufzupassen“, keine Pakete von Unbekannten zu öffnen und die Polizei wolle öfters in der betroffenen Gegend Streife fahren.

Natürlich wurde dann ermittelt, von wem der Killeraufruf stammen könnte, auch der Verfassungs“schutz“ wurde eingespannt. Das Ergebnis war gleich Null.

Heute kursieren von deutschen Sicherheitsbehörden bei Beschlagnahme von z.B. Rechnern der NSU-Sympathisant*innen bekannt gewordene Listen mit 35.000 Namen. Verglichen mit den heutigen technischen Möglichkeiten war das 1993 noch „graue Vorzeit“. Anders als 1993 gab es keinen medialen Aufschrei. Zu sehr gehören Nazis und bestimmte Verbrechen schon zum Alltag. Wenn sogar Politiker in einem Bundesland offen zugeben, dass die

Polizei ja nur ein Spiegelbild der Durchschnittsbürger*innen und ihrer politischen Einstellung ist, sind 25% der Polizist*innen AFD-Sympathisant*innen. Dass die polizeilichen Ermittlungsergebnisse dann nicht effektiv gegen Rechtsaußen sein können, leuchtet ein. Wer ermittelt gegen sich selbst? Die Bundesbehörden haben bisher nur wenige Antifaschist*innen informiert, ob sie auch auf den Listen stehen und bedroht sind. Rechte Morde und Anschläge sind eine ganz reale Bedrohung. Das BKA behauptet, dass sie solche Feindlisten schon ab 2011 in die Länderpolizeien weitergegeben hätte. Drei (!!) Bedrohte sind seit 2017 informiert worden, zwei davon sowie im Zeugenschutzprogramm. Eine Zentraldatei oder Verbunddatei ist nicht geplant.

Dass überhaupt solche Feindlisten geführt werden, ist nur durch eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE bekannt geworden.

Die VVN-BdA Bochum hat immer wieder die Behörden aufgefordert, die Gefahr von Rechtsterrorist*innen nicht zu ignorieren. Spätestens seit den Erkenntnissen der Untersuchungsausschüsse zum NSU bestehen noch größere Zweifel, ob gegen Rechtsaußen wirklich ernsthaft ermittelt wird.

Wolfgang Dominik



Die Opfer

1. Gerardus Pots, Melker, * 6.5.1916 in Goor, gest. am 17.10.1942
2. Antonius Johannes van Woerkom, * 25.9.1914 in Angelo, gest. 19.10.1942
3. Christian Boekhoff, Kaufmann, * 17.10.1918 in Hoorn, gest. 9.11.1942
4. Jack Viejra, Arbeiter, * 11.1.1923 in Amsterdam, gest. 26.12.1942
5. Hermann Winkel, Kaufmännischer Angestellter, * 30.11.1913 in Antwerpen, gest. 20.1.1943
6. Koenders Vaartjes, Techniker, * 12.4.1910 in Amsterdam, gest. 18.3.1943
7. Peter de Bruin, Monteur, * 20.12.1916 in Den Helder, gest. 20.4.1943
8. Geriet Gerardus Meijer, Schuhmacher, * 11.7.1898 in Amsterdam, gest. 29.5.1943
9. Johannes Hendrik van Bommel, Uhrmacher, * 30.11.1888 in Amsterdam, gest. 13.6.1943 durch Feindeinwirkung, Bomben auf das Gefängnis!
10. Antonius Laagland, Postaus Helfer, wohnhaft Diusburg, * 23.3.1918 in Snek, gest. 25.9.1943
11. Kornelius Knoester, Matrose, * 11.5.1887 in Den Haag, gest. 29.1.1943
12. Jan Leon Louis Brantjes, Diplomingenieur, * 15.2.1905 in Purmerend bei Amsterdam, gest. 13.3.1944
13. Cornelis Staarthof, Postfacharbeiter, * 15.11.1907 in Rotterdam, gest. 24.4.1944
14. Johannes van der Hurk, Monteur, * 31.5.1921 in Bergeijk, gest. 31.5.1944
15. Joost Siemens, Koch, * 12.10.1915 in Beerta, gest. 14.6.1944
16. Jan Gerrit Beeks, Posthilfszusteller, * 12.12.1919 in Utrecht, gest. 25.7.1944
17. Constant van Looy, Schweißer, * 17.9.1908 in Antwerpen, gest. 1.7.1944
18. Wilhelm Jonker, Kraftwagenführer, * 15.3.1909 in Coverden, gest. 11.11.1944
19. Bernhard Jongeblood, Melker, * 13.2.1912 in ?, gest. 20.12.1944
20. Adrianus de Leuw, Schlosser (Lager Rabensdorf Essen), * 9.6.1926 in Tilburg, gest. 8.1.1945
21. Gerrit van Essen, Fischhändler, * 1889 ?, gest. 11.1.1945

Todesort Krümmede: 27 Niederländer starben von 1942 - 1945

Im Strafgefängnis Bochum (heute JVA Bochum), auch bekannt als Krümmede, starben von 1942 bis April 1945 mindestens 27 niederländische Staatsbürger.

Den Hintergrund bilden der Überfall der Nazi-Wehrmacht 1940 und die anschließende Besatzungszeit der Niederlande bis 1945. Der passive, aber auch aktive Widerstand gegen die Besatzung der Niederlande durch die faschistische Wehrmacht war groß. Niederländische Partisanen versteckten Juden aus Holland und Deutschland (z.B. Anne Frank oder Edith Stein) ebenso wie Niederländer*innen, die vor dem Arbeitsdienst oder Arbeitseinsatz für das faschistische Regime untertauchten, geflüchtete Kriegsgefangene oder deutsche Deserteure. Auf mehrere Hunderttausend Menschen, darunter 25.000 Juden und Jüdinnen, wird die Anzahl der Versteckten geschätzt. Nicht alle, aber viele, überlebten.

Die an den Widerstandsaktionen Beteiligten gingen ein hohes Risiko ein. Besatzungssoldaten und Gestapo führten Razzien in Straßenzügen und Stadtteilen

durch. Niederländische Helfer*innen wurden verhaftet und abgeurteilt. Viele kamen zur Strafverbüßung in deutsche Gefängnisse wie der Bochumer Krümmede. Für manche wurde Bochum zum Todesort. Seit Jahren ist Alfons Zimmer (Seelsorger in der JVA Bochum) mit der Aufarbeitung der Geschichte des Bochumer Gefängnisses während der Zeit des Naziregimes beschäftigt. Er hat die Namen und Todesdaten zusammengetragen und der VVN-BdA jetzt zur Verfügung gestellt. Dies waren nicht alle zu Tode gekommenen Gefangenen. Manche kamen als Schwerkranke in eines der vier Krankenhäuser und starben dort. Sie wurden nicht vom Gefängnis gemeldet. Und manche waren einem Außenkommando zugeteilt und starben dort. Hier die Liste, die Alfons Zimmer zusammengestellt hat. In den Sterbeurkunde stehen als Todesursache meistens Lungentuberkulose.

Günter Gleising

AttENZEICHEN der STRAFANSTALT: *SP 92-42* *St. A. - St. A. - zu Van Hooft*

Der *Jacobus Cornelis* *Zimmer* aus *Bommel (Holland)*
Vor u. Zunamen, Beruf (Wohnort oder hier grundsätzlicher Aufenthaltsort)

geboren am *18. 11. 14* zu *Bommel*
 war vom *9. 7.* 19*42* bis *8. 4.* 19*43*
 in Haft.
 Er wurde heute nach *Holland* Kreis
 entlassen — beurlaubt bis _____ 19____

Bochum den *8. April* 19*43*
 Der Vorstand des *Strafgefängnis*
Bochum J. A.

Bochum

Bemerkungen siehe umstehend!

A 51 Entlassungsschein S 40 8000 K7006

Gefängnisschein Lamers

22. Berend Zeeman, Kaufmann, * 27.3.1897 in ?, gest. 31.1.1945
23. Henri Rutgers, Hochschullehrer, * 16.12.1877 in ?, gest. 5.2.1945
24. Johannes Smits, Holzschuhmacher, * 27.8.1872 in St. Tude rode, gest. 3.3.1945
25. Freek Broersma, Melker, * 28.10.1919 in Parrega (?), gest. 15.3.1945
26. Adrianus van den Brink, Händler, * 2.6.1916 in Hilversum, gest. 2.4.1945
27. Johann van Strien, Monteur, * 20.1.1911 in Düsen, gest. 11.3.1945

Ratsherren gibt es nicht (mehr)!

Und das nicht erst seit heute! Günter Gleising von der Sozialen Liste weist wieder einmal darauf hin.

In der Presse und sonst wo taucht der Begriff immer wieder auf und soll Stadtverordnete bedeuten. Der Begriff Ratsherr ist von den deutschen Faschisten 1935 eingeführt worden. Er sollte eine Hierarchie von einfachen „Volksgenoss*innen“ und den Herren verdeutlichen. Frauen gab es in den Stadtverordnetenversammlungen sowieso nicht. Es gab auch keine Wahlen mehr.

Erst nach der Befreiung vom Faschismus wurde, wie vorher schon 1919, neu geregelt, wie Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen zu organisieren seien. Frauen durften selbstverständlich auch wieder gewählt werden. Wie in vielen anderen Bereichen auch wäre es wünschenswert, wenn zwischen Frauen und Männern ein paritätisches Verhältnis bestehen würde. Aber bis dieser Wunsch in Erfüllung gegangen sein wird, wird es in diesem Lande wohl noch was dauern.

Wolfgang Dominik

Gegen Rechts

Mehr als 250.000 Menschen demonstrierten am 6. Oktober unter dem Motto „#Unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung – für eine offene und freie Gesellschaft“ durch Berlin.

Der Demonstrationszug, an dem sich auch ein starker Block der VVN-BdA beteiligte, wurde unterstützt von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Selbsthilfeeorganisationen, Kulturschaffenden und Parteien. Es war die bisher größte Demonstration die sich gegen die Rechtsentwicklung im Lande richtete und eine Antwort an Pegida, AfD etc.

Die AfD betreibt Rasterfahndung im Klassenzimmer

Schüler*innen werden in einigen Bundesländern aufgefordert, ihre Lehrer*innen in „Beschwerdeforen“ der AfD zu denunzieren. Schüler*innen sollen melden, wer wann kritische Äußerungen gegen die neofaschistische Partei gemacht hat.

Als ehemaliger Lehrer weiß ich, dass leider auch in Schulen, wohl nicht nur ausschließlich bei Schüler*innen, die Sympathie für die AfD wächst.

Demokratische Lehrer*innen sind eigentlich verpflichtet, allen rassistischen, militaristischen und antisemitischen Äußerungen von Schüler*innen argumentativ „Contra“ zu geben. Das wird zunehmend schwierig, weil „man“ als Lehrer*in nie weiß, welche beruflichen Folgen vielleicht folgende Be-

Vorgestellt: Melanie Maier

Alter: 47 Jahre

Ein Mann, eine Tochter, ein Kater
Beruf: seit 2006 beim DGB (als Jugendbildungsreferentin im Jugendbildungszentrum Hattingen); seit 2012 in Bochum als Organisationssekretärin beim DGB Ruhr-Mark

Wohn- und Lieblingort: Wuppertal
Was mir Spaß macht: Krafttraining, (Fahrrad-)reisen, lesen, wandern

Über mich und was mir an Bochum gefällt:

Mein politisches Bewusstsein und Engagement beginnt als Schüler*innen-Vertretung und reicht von meinem Eintritt in die Gewerkschaft während meiner 1. Ausbildung als Verwaltungsgerichtsangestellte 1987, in der ich zur Jugend- und Auszubildendenvertretung gewählt wurde, über mein Engagement beim Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg beim Allgemeinen Studierenden-ausschuss (AStA) des Bergischen Kollegs, bis zur AStA-Vorsitzenden an der Bergischen Universität.

Neben diesen „strukturellen Mitbestimmungsgremien“ war und ist es mir immer wichtig, über den eigenen Teller-rand hinaus zu sehen, so dass wir bei einem politischen Protest oder beim Aufzeigen von gesellschaftlichen Missständen, möglichst Viele sind, die sich solidarisch einbringen und gestalten. Das habe ich, als ich anfang in Bochum zu arbeiten, hier vorgefunden und das hat sich jetzt aktuell im Zuge der #Seebrücke Bochum Aktion für mich wieder einmal positiv bestätigt. Einmal hängt das sicherlich mit dem Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, ein breites Bündnis der unterschiedlichsten Organisationen, zusammen, andererseits war



es der enorme Zuwachs an beteiligten Vereinen/Verbänden und Organisationen während der Vorbereitungszeit und auf der Demonstration. Mir macht es Spaß zu Netzwerken, Veranstaltungen zu organisieren und zu koordinieren, auch, weil ich mich im Laufe meiner Zeit in Bochum auf eine gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit verlassen kann.

Was mich im Moment sehr stark umtreibt ist, dass ein wachsender Teil unserer Gesellschaft die eigentlichen Adressaten sozialer Ungerechtigkeit und politischer Verantwortung aus dem Blick verliert. Gesellschaftlich benachteiligte Gruppen werden gegeneinander ausgespielt. Das zeigt sich nicht nur im Erstarken der Rechtspopulisten und deren unerträglichen „Angstmache“ gegen Geflüchtete, Muslime und Andersdenkende. Sich klar gegen Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt zu positionieren und mit Vielen aktiv für ein weltoffenes, tolerantes und soziales Miteinander einzutreten, wird wohl die Hauptaufgabe für uns Alle in der nächsten Zeit sein.

schwerden haben können. Außerdem werden manche Schüler*innen (und möglicherweise deren Eltern!) sicher die Gelegenheit ergreifen, gegen „schlechte Noten“ anzugehen mit dem Hinweis, dass der Lehrer/die Lehrerin „politische Noten“ verteilt, weil er/sie ja der AfD nicht völlig neutral gegenüber steht oder sie gar noch lobt. Alle, die sich gegen Populismus und Neofaschismus kritisch verhalten, fallen in den Generalverdacht, Schüler*innen

manipulieren zu wollen. Die AfD wurde immerhin beraten vom immer noch amtierenden Präsidenten des sog. Verfassungsschutzes. Worüber ist da so alles beraten worden?

Wenn solche „Beschwerdeforen“ nicht sofort verboten werden, ist der Umgang von Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern nachhaltig massiv durch die AfD und ihre Sympathisant*innen gestört.

Wolfgang Dominik

Dr. Hubert Schneider:

Das Schicksal der Susi Schmerler, einem jüdischen Kind aus Bochum und die Geschichte der Bochumer „Ostjuden“

Dr. Schneider, ein bekannter Historiker der Ruhr-Uni, ist immer wieder ein gern gehörter Referent in der VVN-BdA Bochum. Er ist bekannt als der Wissenschaftler, der sich wie kein anderer mit dem Leben Bochumer Juden beschäftigt hat. Zahlreiche Bücher und Aufsätze zeugen von einem latenten und oft genug manifesten Antisemitismus in Bochum vor, während und nach dem Faschismus.

Ein bisher unerforschtes Kapitel war das Schicksal sog. Ostjuden in Bochum. Dr. Schneider ist diesem Thema intensiv nachgegangen. Bei seinen Recherchen erhielt er „Das Tagebuch der Susi Schmerler“. Susi war ein jüdisches Mädchen aus Bochum. Susi, 1923 geboren, war gerade 10 Jahre alt, als die Faschisten 1933 in Deutschland an die politische Macht kamen.

Am 28.10.1938 wurden auch in Bochum ca. 80 „Ostjuden“ nach Polen abgeschoben. Allein gelang Susi 1939 die Ausreise im März nach Palästina. Sie begann Tagebuch zu schreiben.

Dr. Schneider wird an Hand des Tagebuchs den Fragen nachgehen, wer eigentlich „Ostjuden“ sind, was eigentlich ein Kind aus der Königsstraße 26 (heute Annastraße 26) empfand, als es mit Eltern und einem kleinen Bruder über Nacht in ein fremdes Land deportiert wird?

Welche quälenden Gefühle bewegten sie bei den Gedanken und Sorgen an das ungewisse Schicksal der Eltern und des kleinen Bruders (1931 geboren) nach ihrer Abreise nach Palästina?

Bis zum Überfall der Wehrmacht auf Polen schrieb sich die Familie noch Briefe.

Welche Ängste oder Hoffnungen teilten sich die getrennten Familienmitglieder mit?



Warum schreiben die Eltern nach dem 1.9.1939 nicht mehr?

Wo sind sie?

Leben sie noch?

Und der Bruder?

Wie erlebt eine Jugendliche das Leben in einer ihr bis zu ihrer Ankunft in Palästina völlig unbekanntem fremden Welt?

Wie reflektiert diese Jugendliche das Weltgeschehen?

Buchvorstellung:

Zu den am 28.10.1938 aus Bochum nach Polen abgeschobenen Menschen gehörte auch die Familie Schmerler (Königsstraße 26), die bis zum Kriegsbeginn im Grenzzort Zbaszyn festgehalten wurde. Der 1923 geborenen Tochter Susi gelang im März 1939 die Ausreise nach Palästina. Schon in Zbaszyn hatte sie begonnen, Tagebuch zu schreiben, eine Tätigkeit, die für das junge Mädchen immer wichtiger wurde, nachdem der Briefkontakt mit den Eltern Ende August 1938 abgebrochen war. Dieses Tagebuch, das teilweise fast literarische Qualität hat, ist erhalten: Es gewährt Einblick in die Befindlichkeit eines noch halben Kindes, das sich alleine in einer fremden Umwelt zurecht finden muss, gequält von den Sorgen um die Eltern und den kleinen Bruder. Dabei beobachtet sie genau das Weltgeschehen, reflektiert es.

Dieses Tagebuch und die Briefe, die die Eltern bis zum Kriegsbeginn an die Tochter schrieben, ergänzt durch zahlreiche autobiographische Texte Susis, werden hier erstmals veröffentlicht. Eingebettet wird das Schicksal der Familie Schmerler in die Darstellung der „Polenaktion“ in Bochum am 28.10.1938, von der ca. 70 Menschen betroffen waren.

Hubert Schneider, geb. 1941, Dr. phil., Historiker, Vorsitzender des Vereins „Erinnern für die Zukunft e.V.“ Bochum.

Gunter Demnig

Der Kölner Künstler Gunter Demnig hat im Herbst 2018 den 70.000 Stolperstein sowie ca. 30 Stolperschwellen verlegt. Sie erinnern an Verfolgte, Vertriebene und Ermordete des Nazi-Regimes. Damit gelten sie als das größte dezentrale Mahnmal der Welt. Den ersten Stolperstein verlegte er 1992 vor dem Rathaus in Köln. Illegal. In Bochum werden seit 2004 Stolpersteine verlegt. Auch die VVN-BdA gehört zu den Stiftern und Paten. Ihr Anliegen ist es, auch der Widerstandskämpfer*innen gegen den Faschismus zu gedenken.

Türkische Faschisten unterstützen Erdogan

Die faschistische türkische Partei MHP will bei der für November 2019 geplanten Präsidentschaftswahl Amtsinhaber Recep Tayyip Erdogan unterstützen. (jW)

Diese Veranstaltung der VVN-BdA Bochum findet am 16.11.2018 um 19.00 Uhr in den Räumen von DIDF, Rottstr. 30, statt. Wie immer ist der Eintritt frei.

Stadtrundgang

Jüdisches Leben in Bochum vor, während und nach dem Faschismus

Die VHS bietet in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA Bochum einen Stadtrundgang zum ehemaligen jüdischen Leben in Bochum an. An bestimmten Orten und Stolpersteinen der Innenstadt finden sich Hinweise, wie jüdisches Leben in der Weimarer Republik, während und nach der faschistischen Herrschaft in Bochum ausgesehen hat. Es soll gezeigt werden, wie Diskriminierung, Verfolgung, Ausgrenzung, Flucht und Deportation und schließlich Ermordung jüdischer Mitbürger*innen abgelaufen sind.

Dabei wird folgenden Fragen nachgegangen: Was wusste die Mehrheitsgesellschaft in Bochum vom Schicksal der jüdischen Mitmenschen? Wer profitierte von der Verfolgung jüdischer Nachbarn? Welche politischen und religiösen Vorurteile und Ideologien haben an den antisemitischen Maßnahmen mitgewirkt? Warum gab es auch in Bochum so wenig Widerstand gegen den staatlichen Terror an Juden?

Damit soll auch ein Bezug zu antisemitischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien und Verbrechen in der Gegenwart möglich sein.

Die Leitung hat Wolfgang Dominik. Der Rundgang beginnt am **Sonntag, den 4.11.2018 um 14.00 Uhr** an der Glocke auf dem Rathausplatz und dauert ca. 2 ¼ Stunden. Teilnahmegebühr: 5,00 Euro, erm. 3,00 Euro. Eine Anmeldung bei der VHS, Tel. 9101555 ist erwünscht.

vvn-bda-bochum.de

Impressum

Herausgeberin: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum (VVN-BdA)
Vi.S.d.P.: Günter Gleising, 44795 Bochum.

Druck: druckhaus Bochum

Bankverbindung: Sparkasse Bochum, IBAN: DE21 4305 0001 0046 3097 46, BIC: WELADED1BOC

Internet: www.vvn-bda-bochum.de

eMail: info@vvn-bda-bochum.de

Mitglied im Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Exenterhaus: Schweiß und Blut von Zwangsarbeitern als Fundament

„Schon aus der Ferne deutet das Exenterhaus an, was sich bei weiterer Annäherung als zweifellos erweist – Bochums Zukunft ist da. Geboren aus den Überresten vergangener Tage und erfüllt mit dem selbstlosen Stolz einstiger Generationen, den Blick gerichtet auf das, was kommen mag.“

Die Lyrik, mit dem das umstrittene Bürohochhaus an der Universitätsstraße beworben wird, mag noch Geschmackssache sein, die Geschichtsklitterung aber ist nicht hinnehmbar, ja skandalös.

Mit „Überresten vergangener Tage“ ist der Bunker gemeint, auf den der Bürobau aufgesetzt wurde. Mit „selbstlosem Stolz einstiger Generationen“ sind offensichtlich die Erbauer des Bunkers gemeint.

Bewusst verschwiegen wird, dass der Bunker 1942 von der faschistischen Organisation Todt gebaut wurde. Hierfür wurden mehrere hundert Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter abgestellt, die in primitiven Baracken hausen mussten, kaum ernährt wurden und auf der Baustelle 12 Stunden pro Tag schufteten mussten.

Das überall als Bochumer Landmarke gefeierte Bürohaus wurde also auf dem Fundament von Schweiß und dem Blut von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen gebaut.

Die Frage, ob sich der Betreiber des Exenterhauses an dem Fond der Wirtschaft zur Entschädigung der Zwangs-



arbeiter beteiligt hat, erübrigt sich wohl. Viele in Bochum finden es auch mehr als befremdlich, dass bis heute keine Gedenk- und Informationstafel an dem Bürogebäude angebracht ist, die an die tatsächlichen geschichtlichen Hintergründe und Leiden der Erbauer erinnert.

Günter Gleising



Kriegsgefangene beim Bau des Bunkers (Foto: Stadt Bochum)